

Parteienbühne

Mutterschaftstaggeld – verdrehte Tatsachen

Zur Motion Mutterschaftstaggeld braucht es im Nachgang eine Erklärung, weil die «Volksblatt»-Chefredakteurin einen irreführenden Titel verwendet hat. Das Ziel der Motion war, die Prämien für Mutterschaftstaggelder innerhalb der Taggeldversicherung auf viele Schultern zu verteilen. Heute müssen die Kosten für die von der Versicherung ausbezahlten Mutterschaftstaggelder je hälftig der Unternehmer und die Mitarbeiter desjenigen Betriebes, in welchem die werdende Mutter angestellt ist, mit erhöhten Prämien bezahlen. Die Versicherung «streckt das Geld zwar vor», aber sie erhöht die Prämien in diesem Betrieb mas-

siv, um dieses Geld wieder zurückzuholen. Darum sind junge Frauen in einem gewissen Grad ein Kostenrisiko für Kleinbetriebe.

Die Familien sind das Fundament und der Kern des Staates, sie erhalten und sichern den Fortbestand unserer Gesellschaft, Wirtschaft und das Sozialsystem. Deshalb sollte das von der Versicherung ausbezahlte Mutterschaftstaggeld von allen Taggeldversicherten gemeinsam finanziert werden. Von unserer Motion hätten die Frauen und damit auch die Familien profitiert. Für Kleinfirmen ist die Anstellung derjenigen Frauen ein Kostenrisiko, bei denen gerechnet werden muss,

dass durch sie die Lohnnebenkosten massiv ansteigen. Viele Kleinbetriebe haben diese bittere Erfahrung mit der Einstellung von Frauen im gebärfähigen Alter gemacht.

Mit der Wirtschafts-Initiative wären 7 bis 10 Mio. aus der FAK-Kasse, welche das Kindergeld zahlt, genommen und an die Wirtschaft verteilt worden. Dies wäre eine Wirtschaftsförderung mit Familienzulagengeld gewesen. Die Verbitterung über die Abstimmungsniederlage könnte dazu geführt haben, dass in einem Votum aus den Reihen der VU der Satz vorkam: «Diese Motion ist ein kläglicher Versuch, das Gewerbe zu bedienen.» Die Chefredakteurin des

«Volksblatts» verwendete diesen Satz als Titel in ihrer Berichterstattung und schoss komplett am Ziel dieser Motion vorbei. Frau Doris Quaderer stellte die Motion bei den Lesern, die nur den Titel gelesen haben, in ein komplett falsches Licht. Richtig ist: Die Motion hätte die Wirtschaft mit keinem Rappen bedient, sie hätte es Unternehmen einfacher gemacht, junge Frauen anzustellen.

Die Motion ist grundsätzlich nicht so schlecht aufgenommen worden, aber der zuständige Minister steuerte mit einem politischen Winkelzug dagegen. Die Motion haben wir fristgerecht vier Wochen vor der Landtagsitzung eingebracht.

Dann, ein Tag vor der Landtagsitzung, setzte die Regierung eine neue Arbeitsgruppe ein, nachdem die vor zweieinhalb Jahren eingesetzte Arbeitsgruppe nichts Brauchbares in diesem Belang zustande gebracht hat. Die Ansicht, man wolle diese neue Arbeitsgruppe, die noch gar nicht vollständig besetzt war, zuerst arbeiten lassen, nahm überhand. Schlussendlich wurde die durchdachte und sinnvolle Motion aus wahltaktischen Überlegungen von der Mehrheit der Abgeordneten abgewiesen. Leidtragende sind jedoch die Betriebe und Frauen.

Eine Stellungnahme von Herbert Elkuch
DU-Landtagsabgeordneter